

Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Bochum

Thomas Eiskirch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Seit die Corona-Krise sich zuspitzt, bekommt die katastrophale Situation geflüchteter Menschen an der EU-Außengrenze und auf den griechischen Inseln kaum noch mediale Aufmerksamkeit. Während wir in Deutschland umfangreiche Schutzmaßnahmen vor dem Virus getroffen haben, werden geflüchtete Menschen, die der Pandemie schutzlos ausgeliefert sind, einfach im Stich gelassen. Europa steuert durch seine Untätigkeit auf eine große humanitäre Katastrophe zu.

Deshalb haben sich auch Mitgliedsorganisationen unseres Bündnisses an der Eilbriefkampagne „Gerade jetzt: Evakuierung von Geflüchteten – Bereitschaft zur kommunalen Aufnahme“ beteiligt.

Das Bochumer Bündnis unterstützt die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisation „Die SEEBRÜCKE“ nach sofortiger Evakuierung aller Menschen in den Lagern auf den griechischen Inseln, und als ersten Schritt die Aufnahme unbegleiteter geflüchteter Kinder durch die über 140 Kommunen, die sich im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zusammen geschlossen haben, sowie durch die sieben Kommunen, die am 6. 3. 2020 einen Appell an die Bundesregierung gerichtet haben, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit dies sofort umgesetzt werden kann.

Jeder Tag zählt, jeder weitere Tag für die Menschen in den Flüchtlingslagern ist ein katastrophaler Tag zu viel. Der Oberbürgermeister von Potsdam, Mike Schubert, hat im Februar das Flüchtlingslager auf Lesbos besucht: „Wir brauchen dringend entweder eine Bundesratsinitiative oder eine sofortige Lösung der Bundesregierung.“ Wer die Zustände etwa auf Lesbos gesehen habe, der wisse, dass nicht länger gewartet werden dürfe. „Das, was wir hier sehen, kann man eigentlich nur als eine Schande für Europa bezeichnen.“ Er erwarte, dass es nicht einfach nur Gespräche gebe, „sondern, dass es endlich Lösungen gibt“, sagte der Oberbürgermeister. „Wir haben lange genug geredet.“

Bund und Land weigern sich, die rechtlichen Regelungen für die sofortige Aufnahme zu schaffen. Die Bundesregierung hat zwar beschlossen, die Aufnahme von 1500 Kinder (viel zu wenig) nach Europa zu organisieren, stellt aber die Bedingungen, dass weitere europäische Staaten sich bereit erklären müssen und die EU-Kommission diesen Prozess steuern soll. Also schiebt die Bundesregierung die Verantwortung einfach weiter an die EU. So darf nicht mit Menschenrechten umgegangen werden!

Bochum hat sich am 11. 7. 2019 zum sicheren Hafen erklärt und ist dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beigetreten. Damit wird ein Zeichen gesetzt, dass wir eine solidarische Stadt sind. In ihrer Antwort erklären sie auch, dass Bochum gewillt ist, Kinder und Jugendliche aufzunehmen. Das ist gut so. Sie verweisen dann auf die Verantwortung von Bund und Land: „Wir setzen uns im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, aber auch im Deutschen Städtetag dafür ein, dass Bund und Land transparente Regeln finden, wie diese Menschen auch tatsächlich zügig in den Kommunen aufgenommen werden können.“

Das erste Treffen mit dem Bund zur Aufnahme von 500 unbegleiteten Jugendlichen und Kindern, geplant für Anfang Januar, ist abgesagt worden und sollte Mitte März stattfinden. Auch das hat offensichtlich nicht stattgefunden. Am 6. 3. 2020 haben sieben Kommunen einen Appell öffentlich an die Bundesregierung gerichtet, die gesetzlichen Grundvoraussetzungen zur Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Jetzt sind wieder ein paar Wochen vergangen. Ein Verschieben der Verantwortung von einer politischen Ebene zur anderen führt zur Passivität, ist kein Lösungsweg und verlängert das Leid der geflüchteten Menschen.

Das Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit möchte von Ihnen wissen, welche Schritte von Bochum konkret eingeleitet worden sind bzw. geplant sind, um Bund und Land endlich dazu zu bringen, diese Regelungen zu schaffen?

Warum haben Sie den Appell der sieben Oberbürgermeister nicht mitunterzeichnet?

Wann findet das immer wieder verschobene Treffen mit der Bundesregierung statt?

Machen Sie bitte öffentlich, wie Sie sich für die Flüchtlinge einsetzen!

Verteidigen Sie die Menschenrechte!

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Marx

Sprecher des Bochumer Bündnisses